

Nebenrollenspiele

Außenpolitik. Die über WikiLeaks veröffentlichten US-Depeschen aus Wien unterstreichen den außenpolitischen Bedeutungsverlust Österreichs. Er bedroht auch den Status von Wien als Konferenzort.

Von Otmar Lahodynsky

Verteidigungsminister Norbert Darabos gab sich bei einem Treffen der EU-Ressortkollegen in Brüssel vergangenen Donnerstag ungewohnt kämpferisch. So kündigte er ein Gespräch mit dem US-Botschafter in Österreich, William C. Eacho III., an, um mit diesem über die von US-Diplomaten in Wien geäußerte Kritik an seiner Person zu reden. „Das lasse ich nicht auf mir sitzen.“

Laut den WikiLeaks zugespielten Depeschen der US-Botschaft in Wien sei Darabos „uninteressiert an Außen- und internationaler Sicherheitspolitik“ und „offen ablehnend gegenüber Plänen, österreichische Truppen auf gefährliche Einsätze ins Ausland zu schicken“. Darabos fühlt sich zu Unrecht kritisiert. Immerhin habe er österreichische Soldaten an der durchaus gefährlichen Friedensmission im Tschad teilnehmen lassen, was „wahrscheinlich kein anderer Verteidigungsminister in der zweiten Republik gemacht hätte“, betont sein Sprecher.

Aus Brüssel feuerte Darabos eine Breitseite gegen Außenminister Michael Spindelegger ab. „Unsere Außenpolitik könnte mutiger sein“, sagte er dem „Kurier“.

Die Veröffentlichung der aussagekräftigsten von 1700 vertraulichen Berichten der US-Botschaft in Wien wirft Schatten auf die bilateralen Beziehungen zwischen Wien und Washington (siehe Seite 52). Denn anders als bei offiziellen Ansprachen wird daraus deutlich, dass das US State Department die Außenpolitik wie auch die innenpolitische Situation in Österreich durchaus kritisch und zumeist auch gut informiert bewertet.

Außenminister Spindelegger war vom US-Botschafter erst knapp vor Veröffentlichung der US-Depeschen über die bevorstehende Enthüllung durch WikiLeaks informiert worden. Die Kritik von US-Diplomaten, er sei „weitge-

hend darauf konzentriert, das Vordringen der österreichischen Wirtschaft“ im Schwarzmeerraum und im Kaukasus zu befördern, fasste Spindelegger als Kompliment auf. „Wirtschaftspolitik ist heute ein wesentlicher Bestandteil jeder modernen diplomatischen Interessenvertretung. Ich habe bewusst eine noch engere Kooperation mit der Wirtschaft zu einer Priorität der österreichischen Außenpolitik erklärt“, so der Minister. Darüber hinaus seien die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten „auf politischer Ebene so gut wie schon lange nicht mehr“. Dies habe der besonders freundschaftliche Verlauf seines Besuchs bei US-Außenministerin Hillary Clinton in Washington bewiesen. „Daran ändern auch die Veröffentlichungen durch WikiLeaks nichts.“

Der mit Jahreswechsel endende zweijährige Sitz Österreichs im UN-Sicherheitsrat habe gerade auch bei den USA große Anerkennung ausgelöst, beteuern Wiener Diplomaten. Vor allem der Einsatz für Menschenrechte und Friedensinitiativen sei mehrfach gelobt worden. Sogar der von den USA zunächst sehr kritisch bewertete Besuch des iranischen Außenministers Manouchehr Mottaki im vergangenen April in Wien sei später vom State Department gewürdigt worden, heißt es am Minoritenplatz.

US-Diplomaten hätten Spindelegger einen Fragenkatalog an den Iran überreicht und außerdem ersucht, er möge sich für die Freilassung von drei im Iran verhafteten US-Touristen einsetzen.

Doch weitaus kritischer hat das State Department die wirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs mit dem Iran beobachtet. Vor allem die früheren Bemühungen der OMV, iranische Gasfelder in das Nabucco-Pipeline-Projekt einzubeziehen, führten zu regelmäßigen Vorsprachen von US-Diplomaten in Wien.

Österreichs frühere Botschafterin in Washington, Eva Nowotny, sieht den Iran und Afghanistan derzeit als wichtige Probleme für die Beziehungen zwischen Österreich und den USA. „Die Amerikaner waren sehr enttäuscht, dass wir nicht mehr in Afghanistan tun“, so Nowotny. „Aber sie wussten sehr genau, dass wir dorthin keinesfalls Truppen entsenden würden.“

Unfreundlicher Akt. Im Falle des Iran hatten die USA wiederholt den Verdacht geäußert, Österreich wolle die von den Vereinten Nationen gegen den Iran verhängten Sanktionen umgehen.

Österreichs Botschafter bei der OECD in Paris, Wolfgang Petritsch, sieht in der Neutralität einen ständigen Konfliktherd in den Beziehungen mit den USA. „Sie verstehen den Sinn unserer Neutralität nicht oder wollen ihn nicht verstehen“, so Petritsch, der als EU-Sonderbeauftragter für den Kosovo und auch als Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina in engem Kontakt mit der US-Diplomatie stand.

Österreichs Spielraum für eigenständige Außenpolitik sei seit dem EU-Beitritt 1995 stark eingeschränkt, so Petritsch. „Natürlich reden die Amerikaner lieber gleich mit Brüssel oder den großen EU-Ländern, statt sich mit den kleineren EU-Mitgliedern aufzuhalten.“

Der ehemalige Sekretär

Bruno Kreisky bei Ronald Reagan (2.3.1983) Der US-Präsident las Höflichkeitsfloskeln vom Blatt ab und war an Kreiskys weltweiten Kontakten nicht interessiert



US-Außenministerin Hillary Clinton, Michael Spindelegger Freundliche Kontakte im UN-Sicherheitsrat, den Österreich Ende 2010 wieder verlassen wird

von Bundeskanzler Bruno Kreisky kritisiert aber Spindeleggers „briske Zurückweisung“ des amerikanischen Wunsches, einige der Insassen des Gefangenenlagers in Guantanamo aufzunehmen. „Das war eine Schande und auch ein unfreundlicher Akt gegenüber der neuen Obama-Administration.“ Zumindest einen der aus Bosnien stammenden Gefangenen hätte man aus humanitären Gründen in Österreich aufnehmen sollen.

Die Beziehungen zwischen Österreich und den USA waren schon unter Bundeskanzler Kreisky durchgewachsen. Vor allem Kreiskys Nahostpolitik hatte in Washington Irritationen ausgelöst. 1982 sorgte Kreisky mit seiner Einladung von Libyens Revolutionschef Muammar Gaddafi nach Wien für Aufsehen. Seine Kontakte zu PLO-Chef Yassir Arafat wurden lange Jahre von den USA ebenso wie von Israel kritisiert. Dabei hatte Kreisky mit dem Versuch, Arafat in einen Friedensprozess in Richtung einer Zweistaatenlösung zu bewegen, den Weg für das 1993 zwischen Arafat und Israels Premier Yitzhak Rabin geschlossene Oslo-Abkommen gebahnt.

Kreisky, der als Außenminister US-Präsident John F. Kennedy getroffen hatte, hielt als Bundeskanzler ab 1970 zu allen US-Präsidenten Kontakt. Wien wurde im Ost-West-Konflikt bedeutsam und diente ab den siebziger Jahren als Austragungsort mehrerer Abrüstungskonferenzen zwischen den USA und den Sowjets, außerdem wurde Wien dritte UN-Hauptstadt und Sitz der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, der heutigen OSZE.

Mit dem Amtsantritt von US-Präsident Ronald Reagan 1981 endete der Entspannungskurs abrupt. Reagan ließ das westliche Bündnis aufrüsten und Mittelstreckenraketen in Westeuropa stationieren.

Kreiskys ausgleichende Ostpolitik war in den USA nicht mehr gefragt. Der Besuch Kreiskys bei Reagan 1983 geriet zu einem Fiasko, das Petritsch als Augenzeuge miterlebte: „Reagan hat von einem Zettel ein paar Höflichkeitsfloskeln über Österreich heruntergelesen, aber von Kreisky zur Weltpoli-

tik nichts hören wollen.“ Kreisky sah sich in seiner Bewertung Reagans als „mittelmäßigen B-Movie-Schauspieler“ bestätigt.

Das Ende der Entspannungspolitik bedeutete auch das vorläufige Aus für Österreich als Austragungsort für Gipfeltreffen zwischen den USA und der Sowjetunion. Schlimmer noch: Österreich geriet als unsicherer Kantonist ins Schussfeld der Amerikaner, die über die Sowjetunion als „Reich des Bösen“ (Reagan) ein Embargo über Hightech und Computerbestandteile verhängt hatten.

Bald gerieten von Wien aus operierende Osthändler in den Verdacht, die strengen „CoCom“-Bestimmungen („Coordinating Committee on multilateral Export Controls“) zu umgehen. Manchmal wollten aber bloß US-Firmen die Geschäfte lieber selber machen. So gewann ein österreichischer Telekommunikationsanbieter eine Ausschreibung zur Erneuerung des Telefonnetzes von Budapest, musste aber auf Druck der USA den Auftrag abgeben, weil es für die

„Die USA verstehen den Sinn unserer Neutralität nicht oder wollen ihn nicht verstehen“
Wolfgang Petritsch, Botschafter

„Abrufbereiter Antiamerikanismus“

Günter Bischof, Historiker und Leiter des Austria Center an der Universität in New Orleans, über Problemfelder zwischen Österreich und den USA.

profil: Wie bewerten Sie die über WikiLeaks veröffentlichten Dokumente von US-Diplomaten über die österreichische Politik?

Bischof: Als Forscher der österreichisch-amerikanischen Beziehungen war es für mich interessant zu beobachten, wie abrufbereit der unterschwellige Antiamerikanismus in Österreich noch immer ist. Das zeigen die hasserfüllten Leserbrief von „Presse“ bis „Kronen Zeitung“. Und professionelle Antiamerikanisten wie der grüne Abgeordnete Peter Pilz schüren diese Gefühle noch zusätzlich. Antiamerikanismus kann man heute in allen politischen Lagern Österreichs antreffen.

profil: Was waren die größten Irritationen für die USA bezüglich Österreich in den vergangenen drei Jahrzehnten?

Bischof: Während der Spätphase des Kalten Kriegs und kurz nach dem Ende der Sowjetunion waren es sicher der Neutralismus und das sicherheitspolitische Trittbrettfahren. Das begann bei dem nicht erfolgten Beitritt Österreichs zur NATO in den neunziger Jahren, ging weiter mit dem Verbot der Überflüge von NATO-Flugzeugen in den Kosovo oder während des Golfkriegs bis hin zur Weigerung, bei der „Koalition der Willigen“ für George W. Bushs Irak-Intervention mitzumachen.

profil: Wie sehr hat die Waldheim-Affäre die Beziehungen zu den USA belastet?

Bischof: Bei der Wahl von Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten 1986 wurde in den USA die alte Kritik an Österreichs mangelhaftem Umgang mit seiner Geschichte geweckt. Als ich damals Vorträge an der Harvard-Universität hielt, machten sich Zuhörer regelmäßig über Österreichs offiziell verkündete Doktrin, erstes Opfer Hitlers gewesen zu sein, lustig. Später wurden die Bemühungen von Bundeskanzler Vranitzky oder Bundespräsident Klestil, von Opfern und Tätern zu sprechen, wohlwollend zur Kenntnis genommen. Auch für die Entschädigung von Zwangsarbeitern und jüdischen Opfern oder die Kunstrestitution gab es positive Reaktionen.

profil: Beim Antritt der schwarz-blauen Regierung im Jahr 2000 reagierten die US-Politiker eher zurückhaltend.

Bischof: Aber sie waren schon auch irritiert. US-Außenministerin Madeleine Albright berief sofort US-Botschafterin



Historiker Günter Bischof „Die USA trugen die Sanktionen der 14 EU-Partner nicht mit“

Kathrin Walt Hall zu „Konsultationen“ nach Washington ein. Aber die USA trugen die Sanktionen der 14 EU-Partner nicht mit, und Österreich wurde auch nicht so isoliert wie Waldheim 1986 bis 1992, als er auf die Watchlist gesetzt wurde und bis zu seinem Tod nicht in die USA einreisen durfte.

profil: Auch der damalige FPÖ-Chef Jörg Haider löste in den USA Proteste aus.

Bischof: Haiders Verhältnis zu den USA war sehr ambivalent. Er hatte beispielsweise politische Kampagnen in den USA für seine Zwecke kopiert. In Anlehnung an den Neokonservativen Newt Gingrich entwarf er einen zehn Punkte umfassenden „Vertrag für Österreich“. Er studierte auch im Sommer an der Harvard-Universität.

Die Wende kam mit dem Irak-Krieg, als er knapp davor Saddam Hussein in Bagdad besuchte und dann sogar den irakischen Diktator mit dem

US-Präsidenten George W. Bush gleichsetzte.

profil: Kann Präsident Obama das Image der USA in Österreich nachhaltig verbessern?

Bischof: Unter Präsident George W. Bush wurde sicher der Tiefpunkt erreicht: Damals meinten 62 Prozent der Österreicher, dass die USA einen „negativen Einfluss“ auf den Weltfrieden ausübten. Kritiker des Bush-Systems wie Michael Moore haben die Österreicher in all ihren Vorurteilen bestätigt. Ob Obama wirklich dauerhaft für einen Stimmungswandel sorgen kann, bleibt abzuwarten.

Interview: Otmar Labodinsky

dabei verwendete Chiptechnik aus den USA keine Exportbewilligung gab. Den Auftrag übernahm später ein US-Konkurrent.

Die CoCom-Bestimmungen wurden 1983 sogar im Wahlkampf in Österreich ausgenutzt. Die ÖVP warf der SPÖ-Regierung eine Verletzung des Technologie-Embargos vor und bestellte sich bei US-Regierungsstellen kritische Kommentare. Bei einem Besuch des damaligen ÖVP-Chefs Alois Mock und des damaligen Generalsekretärs des konservativen Parteienbündnisses „Europäische Demokratische Union“ (EDU), Andreas Khol, in Washington kam es zu einem Streit mit dem damaligen österreichischen Botschafter Thomas Klestil, der vor mitgereisten Journalisten die ÖVP-Versuche, via Washington die SPÖ-Regierung anzugreifen, heftig kritisierte.

Andreas Khol, der einen „solchen Vaterlandsverrat“ heftig bestreitet, erklärt den Krach heute so: „Klestil setzte damals alles daran, unseren Termin bei US-Präsident Reagan zu verhindern, weil er schon einen Besuch für Bruno Kreisky vorbereitet hatte.“

Gratwanderung. Die nächste bilaterale Belastungsprobe kam 1986 mit der Kandidatur Kurt Waldheims als Bundespräsident. Die von profil aufgedeckte Mitgliedschaft Waldheims bei der SA-Reiterstandarte, seine Operationen als Wehrmachtsoffizier auf dem Balkan sowie unterschwellig-antisemitische Angriffe von ÖVP-Politikern auf die

„Ostküste“ der USA lösten kritische Berichte in US-Medien aus.

Dass ein Bundespräsident vom US-Justizministerium auf die „Watchlist“ gesetzt wurde und somit nicht mehr in die USA einreisen durfte, belastete die Beziehungen zwischen den USA und Österreich aufs Neue. Bundeskanzler Franz Vranitzky musste in Washington eine diplomatische Gratwanderung hinlegen. „Er musste sein Missfallen darüber ausdrücken, dass ein österreichischer Bundespräsident auf die Watchlist gesetzt wurde, aber gleichzeitig die Mitverantwortung von Österreichern an NS-Verbrechen ansprechen“, erinnert sich Vranitzkys außenpolitische Beraterin Eva Nowotny. „Da ist jedes Wort auf die Waagschale gelegt worden.“

Erst der zwischen Wien und Washington ausgehandelte Restitutions- und Entschädigungsvertrag zugunsten von NS-Opfern sollte das bilaterale Klima wieder verbessern. „Die Amerikaner wollen ihre Interessen mit allen Mitteln durchsetzen“, weiß der Sicherheitsexperte Heinz Gärtner vom Institut für internationale Politik. „Jeder US-Botschafter muss da einen Lernprozess durchmachen, dass man nationale Besonderheiten berücksichtigen muss.“

Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 wurde Österreichs Neutralität in den USA kurz als Modell für das Neue Europa erwogen. Der Wiener Politologe John Bunzl schrieb im 1995 erschienenen Sammelband „The Sound of Austria“, manche US-Experten hätten kurzfristig einen neutralen Status für die ehemaligen kommunistisch regierten Länder in Osteuropa vorgeschlagen. Doch die vom sowjetischen Einfluss befreiten Länder suchten lieber bei NATO und EU um Mitgliedschaft an.

Österreichs Neutralität sorgte dagegen wieder für Verstimmung, diesmal durch Überflugverbote für NATO-Transporte bei den Interventionen auf dem Balkan. Bereits 1991 durften bei der Befreiung Kuwaits Panzerverbände der NATO nicht durch österreichisches Territorium rollen. Bei Andreas Khol marschierte damals ein hochrangiger NATO-General auf, um Druck für die Durchreisegenehmigung zu machen. Khol verteidigte die Bestimmungen des Neutralitätsgesetzes. „Nachdem mich Josef Cap einmal Reagans Bettvorleger genannt hatte, konnte ich beweisen, dass ich gegenüber den USA auch hart auftreten kann“, scherzt Khol heute. Sein Versuch, Ende der neunziger Jahre einen Beitritt Österreichs zur NATO einzufädeln, blieb erfolglos.

Der Antritt der schwarz-blauen Koalition im Jahr 2000 löste seitens der USA gemäßigte Reaktionen aus. Washington beteiligte sich nicht an den Sanktionen der 14 EU-Partner und berief US-Botschafterin Kathryn Walt Hall nur zu Beratungen ein. US-Außenministerin Madeleine Albright hatte zu ihrem früheren Ressortkollegen Wolfgang Schüssel gute Kontakte geknüpft. Jörg Haiders Kontakte zu Iraks Diktator Saddam Hussein kurz vor der militärischen Intervention durch George W. Bushs „Koalition der Willigen“ im Jahr 2003 sorgten in Washington hingegen für Empörung.

Als im selben Jahr der gebürtige Österreicher Arnold Schwarzenegger Gouverneur Kaliforniens wurde, fühlten sich viele Österreicher geschmeichelt. Für die USA nahm die Bedeutung Österreichs aber weiter ab, vor allem seit der Überwindung des Ost-West-Konflikts.

Andere neutrale Länder wie Irland oder Finnland waren plötzlich als Krisenvermittler weit aktiver. Sogar das NATO-Mitglied Norwegen mischte im Nahostkonflikt nachhaltiger mit als Österreich.

„Wir sind für die USA ein ziemlich unbedeutendes Land geworden“, klagt der frühere Vizekanzler und spätere Balkan-Stabilitätspakt-Koordinator Erhard Busek. „Wir haben keine Amerika-Strategie. Selbst am Balkan gibt es mit Ausnahme des Bosnien-Beauftragten Valentin Inzko keine österrei-

chischen Player mehr. Wir spielen allenfalls noch Nebenrollen.“

Für neue Aufgaben der Außenpolitik wie die Donauraumstrategie fehlen Geld und oft auch das Interesse. So sagte Anfang November Bundeskanzler Werner Faymann seine Teilnahme am Donau-Gipfel in Bukarest ab, obwohl Rumänien als Gastgeber sich zuvor genau an die Terminplanung Faymanns gehalten hatte. Die US-Diplomaten hatten das außenpolitische Desinteresse Faymanns schon vorher nach Washington gemeldet.

Gefahr droht nun für die Position Wiens als UN-Standort durch die beschlossenen Einsparungen bei Entwicklungshilfe und Kooperationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Erstes Alarmzeichen: Obwohl sich sogar die neue EU-Außenpolitikchefin Catherine Ashton für Wien als Austragungsort der Iran-Konferenz eingesetzt hatte, entschieden sich die USA und auch die Iraner lieber für Genf. ■

„Wir sind für die USA ein ziemlich unbedeutendes Land geworden. Wir spielen allenfalls noch Nebenrollen“

Erhard Busek, Balkan-Experte

NIVEA FOR MEN

NEU

Jetzt online mitspielen und eines von zehn Apple iPads gewinnen!

DNAge LIFT

FÜR EINE VITALE AUSSTRAHLUNG MIT SPÜRBAREM 'LIFTING EFFEKT'

www.NIVEAFORMEN.at/DNAgeLift

WAS MÄNNER WOLLEN